***Ersetzungsantrag* des BSW-Landesvorstands Sachsen zum Leitantrag PL.01 „Deutschlands Abstieg stoppen – Rückkehr zur Friedensdividende“**
Bundesparteitag am 27./28. November 2026 in Dresden

Der Bundesparteitag möge beschließen, den Leitantrag PL.01 auf Seite 24/25 in den Zeilen 501-519 sowie 527 -540 zu ersetzen. Die Zeilen 520-526 werden beibehalten, aber hinter unserem Ersetzungsantrag eingefügt:

Unser Profil - Eigenständigkeit bewahren

Maßstab sind immer unsere programmatischen Grundsätze und die Interessen der Menschen. Nicht das Parteibuch entscheidet darüber, ob wir einen parlamentarischen Antrag unterstützen, sondern sein Inhalt, seine Ziele und seine konkreten Auswirkungen. Eine richtige Forderung wird nicht dadurch falsch, dass sie auch von anderen politischen Kräften vertreten wird.

Pauschale Brandmauern lehnen wir ab. Die Ablehnung einer pauschalen Brandmauer bedeutet dabei weder eine politische Annäherung an andere Parteien noch die Aufgabe unserer eigenen Position. Unsere Eigenständigkeit gilt gegenüber allen politischen Kräften. Wir werden weder zu bloßen Mehrheitsbeschaffern anderer Parteien noch unsere politischen Überzeugungen für kurzfristige parlamentarische Erfolge aufgeben.

Wir haben seit unseren ersten Wahlerfolgen einen erheblichen Teil unserer Wähler verloren. Über mehrere Wahlkämpfe hinweg haben wir im Umgang mit anderen Parteien unterschiedliche Signale gesendet. Für viele Menschen war dadurch schwer erkennbar, welchen Kurs wir verfolgen und wie unser Profil aussieht. **Wir wollen Vertrauen zurückgewinnen! Politische Eigenständigkeit und ein klares Profil müssen erkennbar sein. Nach außen wie nach innen.**

Sachpolitischer Dialog gehört zum parlamentarischen Alltag. Stimmen wir einem Antrag einer anderen Fraktion zu, verantworten wir unser Votum in der Sache. Für einen eigenen Antrag stehen wir selbst ein, unabhängig davon, wer ihm zustimmt. Wer einen Antrag gemeinsam einbringt, übernimmt für den gesamten Antrag politische Verantwortung. Deshalb prüfen wir in diesem Fall besonders sorgfältig, ob wir den Wortlaut insgesamt vertreten können und unser eigenes politisches Anliegen und unser Profil öffentlich erkennbar bleiben.

Am 14. Oktober 2026 hat sich der Landtag von Sachsen-Anhalt für einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen im Ukrainekrieg ausgesprochen. Dieser Beschluss ist ein wichtiges friedenspolitisches Signal, das über Sachsen-Anhalt hinausreicht. Diese Forderung vertreten wir als gesamtes BSW. Unsere Fraktion in Sachsen-Anhalt hat sich entschieden, den Antrag gemeinsam mit einer anderen Fraktion einzubringen und damit aufgezeigt, welche Strahlkraft aus einzelnen Handlungen entstehen kann. Die Übernahme der politischen Verantwortung geht mit der getroffenen Entscheidung einher. Daraus entsteht keine Verpflichtung für andere Fraktionen, denselben Weg zu wählen.

Die politischen Voraussetzungen in Bund, Ländern und Kommunen unterscheiden sich. Auf der Grundlage unserer Programmatik, unserer Satzung und der demokratisch gefassten Parteibeschlüsse entscheiden die parlamentarischen Vertretungen eigenständig über ihr Vorgehen und begründen es gegenüber der Partei und der Öffentlichkeit. Eigenverantwortung bedeutet keine Beliebigkeit, sondern einen klaren Kurs. Wer Geschlossenheit will, braucht ein gemeinsames politisches Profil und gegenseitiges Vertrauen.

Wir als BSW gehen unseren eigenen Weg. Mit klaren Überzeugungen, offen für den sachpolitischen Dialog und mit dem Anspruch, das Leben der Menschen spürbar zu verbessern. Die Menschen erwarten von uns keine endlosen Debatten, mit wem wir reden dürfen. Sie erwarten Antworten auf die Probleme des Alltags. Daran lassen wir uns messen. Nicht die Abgrenzung zu anderen Parteien bestimmt unsere Politik, sondern das, wofür wir selbst stehen und was wir tatsächlich erreichen.

Begründung

Ziel unseres Ersetzungsantrag ist es, die unterschiedlichen Vorstellungen im BSW zu einen, pauschale Brandmauern abzulehnen und unterschiedliche parlamentarische Wege zu respektieren.

Der Leitantrag legt die Haltung des BSW zu Brandmauern, wechselnden Mehrheiten und Koalitionen dar. Der *Ersetzungsantrag* konkretisiert, welche Verantwortung eine Fraktion mit der Zustimmung zu einem fremden Antrag, mit einer eigenen Initiative oder mit der gemeinsamen Antragstellung übernimmt. Er verbindet die Erfahrungen der Landesverbände mit einem gemeinsamen Anspruch: Die Fraktionen entscheiden unter den jeweiligen parlamentarischen Bedingungen eigenständig und machen nachvollziehbar, wie ihr Vorgehen den politischen Zielen des BSW dient und das gemeinsame Profil stärkt.

Wir wollen als Partei Politik für die Menschen gestalten, einen spürbaren Politikwechsel schaffen und uns nicht länger in ideologische Debatten verlieren.

Uns verbindet weit mehr als die Fragen, über die wir unterschiedlicher Meinung sind: uns verbindet der gemeinsame Wille, dieses Land zum Besseren zu verändern. Ohne Brandmauern – für eine gute Politik für unsere Bürger. Genau dafür sind wir hier!